

Entwurf

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP am 8.8.15 in Magdeburg

Zeit: 12 bis 17 Uhr

TeilnehmerInnen aus Braunschweig, Gießen, Göttingen und Magdeburg.

Entschuldigen ließen sich weitere MitstreiterInnen aus Dresden, Gera, Goslar, Göttingen, Halle/Saale, Hannover, Karlsruhe, Nordhausen, Potsdam, Rosenheim und Zeitz.

Moderation: Hannover

Protokoll: Göttingen

TOP 1

Tagesordnung wie in der Einladung vorgeschlagen, mit Ergänzungen (siehe Unterpunkte 3a und „TTIP“ zu TOP 5):

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde
2. Nächste Schritte zur Verbreitung der Kampagne 500-10 (steuerfrei)
3. Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall – Möglichkeiten für uns, unsere Ziele zu befördern?
3a: Pressemitteilung/Stellungnahme zum Thema „Geflüchtete Menschen“ anlässlich Pressemitteilung des SoVD Hamburg
4. Weitere Planungen für das ABSP
5. Aktuelles
TTIP: Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin

Nächstes Treffen 17.10. in MD (ein Mitstreiter aus Magdeburg wird sich um den Raum kümmern)
Das Protokoll des vorigen Treffens am 13. Juni in Göttingen wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2

Vorstellung einer vorläufigen Version eines Faltblatts aus Niedersachsen, welches durch die LINKE an die Bevölkerung verteilt werden soll und die Besteuerung sogar des Existenzminimums von Erwerbstätigen und die ungeheuerliche steuerliche Entlastung von Unternehmen und Reichen als zwei Seiten derselben Medaille vorstellt. Dadurch wird deutlich, dass die für fast die gesamte Bevölkerung durchaus attraktive Forderung nach der Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns tatsächlich nicht überzogen, sondern eher bescheiden ist. Es ist die nach dem Eindruck der Anwesenden wirkungsvollste Methode, um gegen die Verletzung des Existenzminimums in unserer Gesellschaft in allen Bereichen vorzugehen.

Beschlossen wurde zur weiteren Verbreitung unserer Forderung über DIE LINKE folgendes: Musterbrief an viele Gliederungen und Personen der LINKEN wird von Mitstreiter aus MD entwickelt werden. Frage an die Adressaten (unter anderem alle Landesvorstände), wie man mit der neuen Beschlusslage der LINKEN vom Parteitag in Bielefeld umgehen wird. Damit die Anfrage nicht zu sehr im luftleeren Raum dasteht, soll auch auf Beispiele hingewiesen werden, wo schon öffentlich damit gearbeitet wurde. Beispiele sind bisher das Flugblatt der LINKEN in Hann Münden anlässlich der Forderung nach Rekommunalisierung der Krankenhäuser und das Faltblatt der LINKEN Niedersachsen – welches zum 8. August (Treffen in MD) noch nicht in endgültiger Version vorliegen konnte, weil ein letzter redaktioneller Abschluss (vor allem Bildredaktion) noch ausstand.

TOP 3

IG-Metall-Gewerkschaftstag am 18. bis 24. Oktober in Frankfurt/M:

Es soll alles getan werden, damit der Antrag aus Südniedersachsen-Harz für die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns <http://www.die-soziale-bewegung.de/2015/existenzminimum_schuetzen/Antrag_steuerfreier_Mindestlohn_IGM.pdf>

möglichst ebenso erfolgreich zur Beschlusslage in der Gewerkschaft wird wie es in der Partei DIE LINKE mit einem entsprechenden Antrag gelingen konnte.

Dazu sollen zweierlei Aktivitäten entfaltet werden:

- a) Es sollen spezielle Adressen kontaktiert werden, wo es unserem Anliegen gewogene KollegInnen gibt, damit diese den Antrag kennen und die Information darüber hoffentlich intensiv weiter verbreiten.
- b) Es soll ein Musterschreiben formuliert werden, welches an möglichst viele offizielle gewerkschaftliche Adressen versendet wird.

ver.di Bundeskongress am 20. bis 26. September in Leipzig:

Die Antragslage zur Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns ist noch nicht endgültig geklärt. Wenn klar ist, dass und wie die Delegierten des Bundeskongresses im offiziellen Rahmen des Kongresses mit diesem Thema konfrontiert sein werden, sollen auf jeden Fall Informationen dort möglichst effektiv verbreitet werden.

Ein Mitstreiter aus Magdeburg gibt den Tipp, dass bestimmte Mitstreiter der Partei DIE LINKE in Leipzig kontaktiert werden sollten, um dort Mitstreiter für die Zeit des ver.di Bundeskongresses zu gewinnen, welche bei der Verbreitung von Informationen vor Ort behilflich wären.

Abschließend zu diesem TOP stellen alle Anwesenden fest, dass der Kokreis des ABSP nach seinen Möglichkeiten dafür kämpfen und per bundesweite Rundmails und über weitere geeignete Kanäle dafür sorgen soll, dass Informationen über das gesamte Netzwerk verbreitet werden. Ziel: Es sollen möglichst sowohl beim ver.di Bundeskongress als auch beim IG-Metall-Gewerkschaftstag positive Beschlüsse zur Forderung nach der Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns/des Existenzminimums von Erwerbstätigen erzielt werden.

TOP 3a

Stellungnahme/Pressemitteilung zum Thema Flüchtlingspolitik anlässlich PM des SoVD Hamburg

Vorschlag für einen Titel: „Betroffene nicht spalten“.

Zum Inhalt: Kommunen benötigen Geld vom Bund. Hierin stimmen die Anwesenden der PM des SoVD zu, welche ausgedruckt vorlag:

www.die-soziale-bewegung.de/2015/08-08_magdeburg/PM_SOVD_Gefluechtete.pdf

Geld ist genug da, wenn die Steuerpolitik in Ordnung gebracht wird.

Kapital endlich wieder höher besteuern. Das Existenzminimum von Erwerbstätigen endlich nicht mehr besteuern. Gelder müssen für alle von prekären Lebenssituationen Betroffenen bereitgestellt werden. Es wurde darüber diskutiert, ob erwähnt werden sollte, dass z. B. viele Menschen deswegen flüchten müssen, weil die Industriestaaten Waffen exportieren und Kriege stattfinden. Die Anwesenden haben sich aber dagegen entschieden, weil dieses Thema zu weit führen würde. Es würde zwischen „Kriegsflüchtlingen“ und anderen unterschieden. Erst eine tiefergehende Befassung würde wiederum darlegen können, dass auch, von rechten Kräften - so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus ihren Regionen fliehen müssen, weil die Verhältnisse so sind, wie sie die Industriestaaten herstellen. Daher haben sich die Anwesenden dafür entschieden, dass das Thema Fluchtursachen nicht in die PM aufgenommen werden soll.

TOP 5

TTIP Großdemonstration in Berlin am 10.10.

Alle Anwesenden haben sich dafür ausgesprochen, dass das ABSP sich an der Mobilisierung beteiligt. Offen war die Frage, ob in den vom DGB organisierten Bussen auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder mitfahren dürfen.

Dazu gibt es widersprüchliche Informationen: Manchmal heißt es, dass sich alle an dem großen Bündnis beteiligten Organisationen an der Organisation der Busse beteiligen sollen. Manchmal heißt es, dass Busse „vom DGB“ organisiert würden.

Die Anwesenden einigen sich darauf, dass man unbedingt heraus finden sollte, was die Realität zur Bus-Organisation ist.